

EIN JAHR KRIEG IM IRAK

# Eine Woche im März



In Luxemburg demonstrierten am ersten Jahrestag des Kriegsbeginns im Irak rund 500 Menschen für Frieden und Gerechtigkeit. Letztes Jahr waren es 28 Mal so viele.

(Foto: woxx)

**Vor einem Jahr bombardierten die USA und die Briten Bagdad und Basra, mit der Begründung, das irakische Volk aus den Fängen eines grausamen Diktators befreien zu wollen. Mehr Frieden hat der Krieg nicht gebracht - im Gegenteil.**

Es gibt Momente, an die erinnert man sich, weil sich alle daran erinnern. Es sind Ereignisse von großer Bedeutung. Der Fall der Mauer, der 11.9., seit neuestem auch der 11.3. Und vielleicht auch der 20. März 2003, als die ersten US-Bomben auf Bagdad fielen. Historische Ereignisse, die einem von den Medien ins Gehirn gehämmert wurden. Und dann gibt es Tage, an die sich die meisten nicht mehr erinnern, die einem aber persönlich im Gedächtnis bleiben. Ein solcher Tag ist zum Beispiel der 26. März 2003, sechs Tage nach Kriegsbeginn im Irak.

Auf CNN und n-tv prangte damals in nüchterner Schrift den ganzen Tag: The sixth day of war, der sechste Kriegstag. Die Radiostationen meldeten, dass seit Kriegsbeginn mehr als 4.300 Bomben abgeworfen wurden, US-geführte Truppen 354 Kilometer weit auf irakisches Territorium vorgedrungen waren und die US-Luftwaffe 700 Starts am Tag verzeichnete. Mit Zahlen und hochmodernen Waffen wollten die militaristischen Technokraten anscheinend beeindrucken.

Auf der anderen Seite: Mindestens 15 zivile Opfer bei der bis dahin größten Kriegstragödie in Bagdad, schwere Explosionen auf einem Marktplatz im Nordosten der Hauptstadt mit bis zu 45 Toten; es werden Bilder vom irakischen Fernsehen gezeigt,

auf denen blutverschmierte Frauen und verstümmelte Kinder zu sehen sind; und auch die US-Seite hatte am sechsten Tag bereits 24 Tote zu verzeichnen - angesichts der zahlreichen GIs, die heute fast täglich im Irak Anschlägen zum Opfer fallen, keine sonderlich hohe Zahl.

Und dann gab es auch noch diese Seite: Die brasilianische Millionenmetropole Rio de Janeiro, die den US-Präsidenten zur unerwünschten Person erklärt hatte; der dominikanische Außenminister, der aus Protest zurückgetreten war, weil seine Regierung den Irak-Kurs des US-Präsidenten unterstützte; 22.000 Anmeldungen für eine Menschenkette von Münster nach Osnabrück; Krawalle bei Anti-Kriegs-Protesten in Barcelona, Rom, Sydney und Seoul. Allein in Madrid gingen mehr als 200.000 Menschen auf die Straße, um gegen die kriegsunterstützende Aznar-Regierung zu protestieren. All dies geschah am 26. März 2003.

## Ignoranz und Inkompetenz

Die Aznar-Regierung ist abgewählt. Kaum ein Trost für die rund 24 Millionen Menschen im Irak, leben sie doch zwölf Monate seit dem Beginn der Invasion in einer der unsichersten und gefährlichsten Regionen der Welt überhaupt. Die US-Verwal-

tung mit ihren über 130.000 stationierten Soldaten hat den Irak noch immer nicht unter Kontrolle. Einerseits verbietet die Besatzungsmacht den IrakerInnen ein eigenes Sicherheitsnetz aufzubauen, andererseits übernehmen sie diese Aufgabe nur stümperhaft. Nicht viel anders sieht es mit der Grundversorgung aus. Selbst die Cegeedel wäre imstande gewesen, das nach wie vor desolate Stromnetz im Irak innerhalb einer Woche wieder in Betrieb zu nehmen. Doch es ist diese Mischung aus Ignoranz und Inkompetenz, die den Eifer der US-Regierung beim Wiederaufbau bremst.

Erinnern wir uns: Der eigentliche Kriegsgrund waren die Massenvernichtungswaffen. Von ihnen ist nach wie vor keine Spur. Vielleicht aus Inkompetenz der Besatzer, viel eher aber wegen der Inkompetenz der CIA; diese Waffen hat es auch vor dem Angriff nicht gegeben; ein Ermittlungsfehler, der Tausende Tote zur Folge hatte. Auch 1.400 Rüstungsinspektoren der USA haben nach neunmonatiger intensiver Suche im Irak keinerlei Beweise für das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen gefunden. Der letzte Bericht wurde im Februar veröffentlicht und geht davon aus, dass das Regime von Saddam Hussein seine Arsenale tatsächlich nach dem zweiten Golfkrieg 1991 vernichtet und danach

keine neuen Waffen produziert hatte. Ob es welche gibt oder nicht, ist sowieso egal. Längst hat die US-Regierung ihre Bedingungen für einen Präventivangriff gelockert. US-Außenminister Colin Powell und Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice ließen jüngst verlautbaren, inzwischen jeden anzugreifen, der die Fähigkeit und Absicht hat, Massenvernichtungswaffen zu produzieren. Ein Freischein, denn diese Fähigkeit besitzt hypothetisch gesehen jedes Land.

Und dann war da noch das Demokratisierungsargument. Ein Jahr nach den Bomben auf Bagdad, hat die USA gar nicht die Absicht, den Irakern die Souveränität irgendwann zu übergeben. Sie besteht auf einem Stationierungsabkommen, das vorsieht, US-Truppen das Recht zu gewähren, zu bleiben und permanente Militärbasen einzurichten. So hat sie mit der Übergangsregierung vereinbart, dass US-Soldaten unbefristet bleiben können und sie mindestens sechs Militärbasen nutzen dürfen. Und ganz nebenher baut sie im Irak gerade die weltweit größte US-Botschaft für über 3.000 Angestellte. Selten hat es einen US-Präsidenten gegeben, der die Demokratie nicht nur umschiffte, sondern sie derart offen missachtet. Die Demokratiewelle im Nahen Osten ist ausgeblieben; die Region ist weiter davon entfernt denn je. Die engsten US-Verbündeten in der islamischen Welt sind üble Diktatoren, während ein demokratisch gewählter Präsident mit Füßen getreten wird: Jassir Arafat. US-Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz' Demokratievorstellungen bestehen darin, das türkische Militär scharf anzugehen, weil es nicht einschritt, um seine Regierung auf Kriegskurs der US-Amerikaner zu zwingen. Und das, obwohl 95 Prozent der türkischen Bevölkerung ebenfalls gegen den Krieg waren.

## Uno ausgehebelt

Eine US-Resolution kam bei der Uno nie zustande - trotz Erpressungsversuchen, Einschüchterungen der Ratsmitglieder und einem Lauschangriff sogar auf den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan. Von den über 120 teilnehmenden Staaten sprachen sich mehr als 90 Prozent entschieden gegen einen Krieg aus. Nie zuvor haben einige wenige Länder den Willen der überragenden Mehrheit der Uno-Staaten so missachtet. Der Krieg, den Bush, Blair und Aznar geführt haben, war der schwerste Anschlag auf das Völkerrecht seit der Gründung der Uno im Jahre 1945. Heute hat die Uno in der Irak-Frage keine Bedeutung mehr. Weder ist geklärt, welche Rolle die Weltorganisation und ihre Untergruppen künftig im Irak spielen sollen, ohne lediglich als Anhängsel der Besatzungsmächte gesehen zu werden. Noch ist die Sicherheit der UN-MitarbeiterInnen geklärt. Alle humanitären Aktivitäten wurden nach den Anschlägen auf die Bagdader Uno-Zentrale im August 2003 eingestellt, sämtliche

Uno-MitarbeiterInnen verließen damals das Land.

Selbst in Europa hat der Krieg so einiges verändert. Bushs Unterteilung Europas in alt und neu hat die mit "alt" bezeichneten Länder, deren Regierungen zumindest nach außen hin dieselbe kriegskritische Haltung einnahmen wie die Mehrheit der Bevölkerung, schwer gekränkt. Die so genannten "neuen" Europäer waren die Länder, in denen sich die Regierungen sogar über eine noch größere Mehrheit der Bevölkerung hinwegsetzten. Doch der Widerstand gegen diesen völkerrechtswidrigen Krieg blieb auch von Seiten der Kriegsgegner-Staaten verhalten. Hätten Schröder und Chirac den Krieg für völkerrechtswidrig erklärt, dann hätten sie der Bush-Regierung ihre logistische und militärische Unterstützung verweigern müssen. Das aber haben sie nicht getan. Viel schlimmer: Sie planen heute selbst die Aushebelung der Uno. Die Option auf den präventiven Einsatz militärischer Mittel wird auch in der Europäischen Union diskutiert. Frankreich zieht ebenfalls präventive Militäreinsätze in Erwägung.

In der nordirakischen Stadt Mossul kommt es zu Gefechten zwischen US-Soldaten und Aufständischen. Mindestens zwei Zivilpersonen werden getötet, sechs weitere verletzt. Zuvor schlägt eine Rakete in einem Hotel in Bagdad ein. Glassplitter verletzen mindestens zwei Angestellte. Freischärler erschließen neun irakische Polizisten. US-Truppen verweigern rund 10.000 Irakern das Demonstrationsrecht. Weltweit gehen an diesem Samstag mehr als 10 Millionen Menschen auf die Straße und demonstrieren für Frieden. In New York und San Francisco waren es 50.000, in Madrid 200.000 in Rom über eine halbe Million und selbst in Luxemburg fand eine Demonstration statt. Wir beschreiben eine Woche im März. Im März 2004.

Felix Lee

## Handlanger der Militärmächte?

Thomas Seibert von medico International über die umstrittene Rolle der NGOs in Kriegsgebieten: nächste Woche in der woxx.